

## Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Veringenstadt" und 6. Änderung der 3. Gesamtfortschreibung des FNP "Laucherttal"

### Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

### Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Beteiligungsfrist vom 15.05. bis 16.06.2023

### Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge

#### A: Folgende Träger haben in ihrer Stellungnahme keine Einwendungen, Anregungen oder Bedenken vorgebracht:

- A1 Bundeswehr, 19.05.2023
- A2 Gemeinde Bitz, 26.05.2023 - keine weitere Beteiligung erforderlich
- A3 IHK Bodensee-Oberschwaben, 23.05.2023
- A4 Netze BW, 01.06.2023
- A5 Regionalverband Neckar-Alb, 14.06.2023

#### B: Folgende Träger haben Anregungen/Hinweise/Bedenken vorgebracht:

- B1 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB), 12.06.2023
- B2 Landratsamt Sigmaringen, 14.06.2023 - Stellungnahme zum Bebauungsplan (BP)
- B3 Landratsamt Sigmaringen, 14.06.2023 - Stellungnahme zur FNP-Änderung (FNP)
- B4 RP Freiburg Landesforstverwaltung, 13.06.2023
- B5 RP Tübingen, 13.06.2023
- B6 Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, 13.06.2023
- B7 Landesamt für Denkmalpflege, 31.05.2023
- B7a Landesamt für Denkmalpflege, 16.11.2023

#### C: Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit: keine

#### Verteiler

Bauernverband Biberach-Sigmaringen e.V.  
BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft  
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen  
der Bundeswehr  
Deutsche Flugsicherung  
Deutsche Telekom  
ENBW  
E-Plus  
Gemeinden Bingen, Neufra, Winterlingen

Handwerkskammer Reutlingen  
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben  
Landesdenkmalamt Baden-Württemberg  
Landesnaturschutzverband, LNV-Arbeitskreis Sigmaringen  
Landratsamt Sigmaringen  
Naturpark "Obere Donau"  
Netze BW GmbH  
Polizeipräsidium Ravensburg, Führungs- und Einsatzstab  
Regierungspräsidium Freiburg LGRB

Regierungspräsidium Freiburg Forstdirektion  
Regierungspräsidium Tübingen Regionalverband Bodensee-  
Oberschwaben  
Scher-Lauchert Abwasserverband  
Städte Gammertingen, Hettingen, Sigmaringen  
SWEG Schienenwege GmbH  
Telekom BekA Trassenschutz Richtfunk  
Vodafone BW GmbH (Unitymedia)

**zu B: Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie Abwägungs- und Beschlussvorschläge:**

[illegible]

<p>Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen.</p> <p>Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.</p> <p>Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	
<p><b>Boden</b></p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise oder Anregungen vorzutragen. Generell der Hinweis, dass nach § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) bei geplanten Vorhaben, die auf nicht versiegelte, nicht baulich veränderte oder unbebaute Flächen von mehr als 0,5 Hektar einwirken werden, ein Bodenschutzkonzept zur Gewährleistung des sparsamen, schonenden und haushälterischen Umgangs mit dem Boden im Rahmen der weiteren Vorhabenplanung bzw. -durchführung zu erstellen ist. Eine Erstellung des Bodenschutzkonzepts nach DIN 19639 wird dringend empfohlen.</p>	Kenntnisnahme
<p><b>Mineralische Rohstoffe</b></p> <p>Gegen die Planungen bestehen von rohstoffgeologischer Seite keine Einwendungen.</p>	Kenntnisnahme
<p><b>Grundwasser</b></p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p>	Kenntnisnahme

	<p>Das Planungsvorhaben liegt nach Kenntnis des LGRB außerhalb von bestehenden oder geplanten Wasserschutzgebieten oder sonstigen relevanten Bereichen sensibler Grundwassernutzungen. Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.</p> <p><b>Bergbau</b> Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p> <p><b>Geotopschutz</b> Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p> <p><b>Allgemeine Hinweise</b> Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<a href="http://www.lgrb-bw.de">http://www.lgrb-bw.de</a>) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <a href="http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope">http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope</a> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
B2	<p><b>Landratsamt Sigmaringen</b> <b>Stellungnahme vom 14.06.2023 (BP)</b> <b>Anlagen zur Stellungnahme: keine</b></p> <p><b>Fachbereich Brand- und Bevölkerungsschutz</b> X Positiv  <input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen  <input type="checkbox"/> Negativ  <input type="checkbox"/> Nicht betroffen  <input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

	<p><b>Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Positiv</li> <li><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</li> <li><input checked="" type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul> <p>Zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Veringenstadt“ kann derzeit keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden, da die Unterlagen – aufgrund der Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung – noch nicht vollständig und damit noch nicht aussagekräftig genug sind – siehe Stellungnahme Naturschutz. Um Vervollständigung der Unterlagen und um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.</p> <p><b>WASSERRECHT</b> Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z. B. Transformatorenöl) Hinweis: Für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG (z. B. Heizöl, Diesel etc.) ist die Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen - AwSV- vom 18.04.2017 in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Sollte eine Reinigung der Solarmodule notwendig sein, so darf diese nur mit Wasser in Trinkwasserqualität erfolgen. Ist zwingend der Einsatz von Reinigungsmitteln notwendig, so ist das gesamte Abwasser aufzufangen und auf einer Kläranlage zu behandeln.</p> <p><b>BODENSCHUTZ</b> Die Belange des Bodenschutzes sind entsprechend dem Merkblatt „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ ausreichend berücksichtigt. Der Eingriff in das Schutzgut Boden ist gemäß dem Umweltbericht auszugleichen; für das Schutzgut Boden ist eine Kompensation von 116.100 Ökopunkten zu erbringen, bzw. ist durch die geplante extensive Nutzung der Anlage erbracht.</p> <p>Aufgrund der überdurchschnittlichen Größe des Projekts und den teils heterogenen Bodenverhältnissen ist für die Realisierung ein <u>Bodenschutzkonzept reduzierten Umfangs</u> vorzulegen (Grundlage ist das Landesbodenschutzgesetz Baden-Württemberg, LBod-SchAG §2 (3)). Für die fachgerechte Umsetzung dieses Konzepts und damit der Belange</p>	<p>Kenntnisnahme Die Unterlagen werden zum Entwurf ergänzt.</p> <p>Wird beachtet. Der Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Wird beachtet. Der Hinweis auf ein Bodenschutzkonzept wird</p>
--	--	---

	<p>des vorsorgenden Bodenschutzes bei Setzung der Module und Etablierung der Infrastruktur sollte das Projekt durch eine entsprechend qualifizierte Fachperson begleitet werden. Dies kann im Rahmen einer bodenkundlichen Baubegleitung umgesetzt werden. Mit Hilfe einer bodenkundlichen Baubegleitung können standortspezifisch bodenschonende Arbeitsverfahren fachgerecht umgesetzt und mögliche nachhaltige Bodenschädigungen und Beeinträchtigungen vermieden bzw. minimiert werden. Das Bodenschutzkonzept ist der unteren Bodenschutzbehörde bis sechs Wochen vor Baubeginn vorzulegen. Bei Fragen zum reduzierten Bodenschutzkonzept bitte die untere Bodenschutzbehörde des Landratsamts Sigmaringen kontaktieren (Paula Brendel, paula.brendel@lrasig.de bzw. Vertretung).</p> <p><b>ABFALL</b>  Hinweis:  Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten. Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p> <p><b>IMMISSIONSSCHUTZ</b>  Kritisch hinsichtlich einer möglichen Blendung sind Immissionsorte, die vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und nicht weiter als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Die Buchhöfe liegen nordöstlich der Sonderbaufläche und sind etwa 380 m von der Sonderbaufläche entfernt. Die Wohngebäude erhalten durch zwischengelagerte Wirtschaftsgebäude zudem noch eine Abschirmung vor Lichtimmissionen. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Planung.</p>	<p>in den Bebauungsplan aufgenommen. Ein Bodenschutzkonzept reduzierten Umfangs wird der unteren Bodenschutzbehörde bis sechs Wochen vor Baubeginn vorgelegt.</p> <p>Kenntnisnahme.  Aufgrund der Art des Vorhabens (Agriphotovoltaik) besteht keine Relevanz. Bauschutt oder Abbruchmaterial fällt nicht an, mineralische Reststoffe oder humoses Bodenmaterial werden nicht eingebracht.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---	---

	<p><b>NATURSCHUTZ</b></p> <p>Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind – aufgrund der Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung – noch nicht vollständig. Die Belange des Naturschutzes inkl. Umweltbericht sind im Rahmen von § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB), § 1a BauGB, § 2 Abs. 4 BauGB und § 2a BauGB in den Planunterlagen daher noch nicht ausreichend berücksichtigt und abgearbeitet. So fehlen im Umweltbericht derzeit noch die Kartierungsdaten zur Betroffenheit von geschützten Arten nach § 44 BNatSchG.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer Betroffenheit des § 44 BNatSchG Vermeidungsmaßnahmen an erster Stelle stehen und diese auch für die Planung zu prüfen sind, sodass die zulässige Lage der Photovoltaikanlage noch nicht abschließend bewertet werden kann.</p> <p>Weiterhin ist nach § 44 BNatSchG auch die Betroffenheit und der Erhaltungszustand der lokalen Population zu betrachten.</p> <p>Nach Trautner Artenschutz (2020), Ulmer Verlag, S. 68, wäre die lokale Population der Art Feldlerche auf die offenen Hochflächen im Gewann Täsche, Schuläcker und Veringer Feldwiesen beschränkt. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population wäre nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zu vermeiden.</p> <p>Eine Planung in eine Ausnahmelage nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wäre nicht rech- tens, zumal für die betroffenen Arten im räumlichen Umfeld Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn diese betroffen sind und dafür auch entsprechende Flächen zur Verfü- gung stehen müssen. Es wird an dieser Stelle auf das Papier „Artenschutz in der Bauleit- planung und bei Bauvorhaben“ des MLR hingewiesen.</p> <p>Es wird bzgl. der Lebensraumansprüche der Feldlerche und der Konflikte mit PV-Anlagen drauf verwiesen, dass Feldlerchen die Modulflächen meiden, sodass bei einer Realisie- rung des Projektes der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG eintritt. Dies ist an erster Stelle zu vermeiden (siehe auch „Trautner“, „Umgang mit Naturschutzkonflik- ten bei Freiflächensolaranlagen in der Regionalplanung“ (2020)).</p> <p>Sollten Totholz- bzw. Steinhäufen angelegt werden, sollte dringend darauf geachtet wer- den, diese so einzubinden, dass diese offengehalten bzw. gepflegt werden können, so- dass hier keine Gehölzsukzession einsetzt. Sollten diese Strukturen zuwachsen, hätten</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die genannten Aspekte werden in der arten- schutzrechtlichen Prüfung behandelt.</p> <p>Das Untersuchungsgebiet der Brutvogelkartie- rungen erstreckte sich über die genannten Ge- wanne.</p> <p>Für die betroffenen Reviere der Feldlerche wur- den geeignete Ersatzmaßnahmen gefunden und mit der Unteren Naturschutzbehörde abge- stimmt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Aufgrund der Art des Vorhabens (Agri-PV) wer- den voraussichtlich keine Totholz- oder Stein- häufen angelegt.</p>
--	--	---

<p>die Maßnahmen keinen langfristigen positiven Effekt für die zu fördernden genannten Zielarten.          Es wird noch angemerkt, dass überschüssige Ökopunkte aus dem Vorhaben auf der Eingriffsfläche nicht für weitere Eingriffsvorhaben angerechnet werden können. Dies ist mit Klarstellung durch das Umweltministerium nicht möglich.</p> <p>Um Vervollständigung der Unterlagen und um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.</p> <p>Hinweise:          Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.          Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p> <p><b>Fachbereich Landwirtschaft</b>  <input type="checkbox"/> Positiv  <input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen  <input type="checkbox"/> Negativ  <input type="checkbox"/> Nicht betroffen</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die weitere Beteiligung erfolgt im Rahmen der Offenlage.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
---	---

<p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p> <p>Das Unternehmen wpd AG aus Bietigheim-Bissingen plant die Errichtung eines Solar-parks in Veringenstadt. Für dieses Vorhaben beabsichtigt die Stadt Veringenstadt die Ausweisung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“. Das Son-dergebiet wird in zwei Gebiete mit den Zweckbestimmungen „Freiflächen-Photovoltaik“ sowie „Agriphotovoltaik“ unterteilt. Das Plangebiet umfasst insgesamt 13,8 ha und befin-det sich auf den Flst. Nrn. 810, 816 und 824 der Gemarkung Veringenstadt.</p> <p>Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass diese großflächige Überplanung von 13,8 ha zu einer Verknappung der landwirtschaftlichen Fläche führt. Diese Verknappung kann das Pachtzinsniveau erhöhen und den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Landwirtschaft vermindern.</p> <p>Eine Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt parallel.</p> <p>Die Gemarkung Veringenstadt war bis 2018 vollständig benachteiligtes Gebiet, ist ab 2019 als Gebiet mit erheblichen naturbedingten Nachteilen kategorisiert und gilt nach EEG als vollständig benachteiligtes Gebiet. Somit sind die Voraussetzungen der Freiflä-chenöffnungsverordnung (FFÖ-VO) erfüllt.</p> <p>Bei der überplanten Fläche handelt es sich um landwirtschaftlich genutztes Ackerland, welches als Vorbehaltsflur I (Flst. Nr. 810) sowie als Vorbehaltsflur II (Flst. Nrn. 816 und 824) eingestuft ist.</p> <p>Flächen, die in der Vorbehaltsflur I liegen, sind landbauwürdige Flächen, die der landwirt-schaftlichen Nutzung vorzubehalten sind.</p> <p>Allerdings ist auf dieser Fläche die Ausweisung des Sondergebietes für die Nutzung von Agri-Photovoltaik geplant. Es sollen senkrecht aufgeständerte Solarmodule aufgestellt werden, zwischen denen weiterhin eine ackerbauliche Nutzung fortgeführt wird.</p> <p>Bei der Planung und Installation einer Agri-Photovoltaik-Anlage sind die Vorgaben der DIN SPEC 91437 „Agri-Photovoltaik-Anlagen – Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung“ zu beachten.</p> <p>Der Fachbereich Landwirtschaft erhebt daher <u>keine Einwände</u> gegen die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage.</p> <p><b>Fachbereich Forst</b></p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p>	<p>Kenntnisnahme</p>          <p>Der Hinweis auf die DIN SPEC 91437 wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>
--	--

<p>X Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</li> <li><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul> <p>Durch die unmittelbare Nähe von PV-Anlagen zum Wald sind erhebliche Gefahrensituationen und Einschränkungen bei der Bewirtschaftung des Waldes nicht auszuschließen. Folgende Aspekte sind hierbei ausschlaggebend. Durch den Klimawandel wird mit einer weiteren Zunahme der Intensität von Extremwetterereignissen (u. a. Dürren und Stürmen) gerechnet.</p> <p>Diese können einen erheblichen Einfluss auf Wälder haben. Das Risiko von Sturmwurf/-bruch, aber auch vom Herabfallen einzelner, auch starker, Äste wird aller Voraussicht nach deutlich zunehmen. Folglich erhöht sich die Gefahr einer Beschädigung von PV-Anlagen (inkl. Zäunung) im Einflussbereich (&lt; 30 m) von Waldbeständen. In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass bei einer Beschädigung von PV-Modulen durch umstürzende Bäume bzw. herabfallende Baumteile die hier verarbeiteten, gegebenenfalls schädlichen Stoffe in die Umwelt eingetragen werden können (z. B. Boden, Grundwasser). Durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) geht von Solaranlagen eine potenzielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr aus. Die Brandgefahr für Waldbestände wiederum steigt, bedingt durch die im Klimawandel prognostizierten anhaltenden Trockenperioden, voraussichtlich weiter an. Vorsorglich weisen wir ebenfalls darauf hin, dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen.</p> <p>Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Solaranlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund der aktuellen oder zukünftigen Beschattung durch angrenzende und stetig wachsende Waldbäume. In diesem Zusammenhang sei klargestellt, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlungsgenehmigung nicht in Aussicht gestellt werden kann.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird, analog zu § 4 Abs. 3 Landesbauordnung empfohlen, einen Abstand von mindestens 30 m von Wald zur Baugrenze einzuhalten und dies im weiteren Verfahren entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p><b>Fachbereich Straßenbau</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Positiv</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p>                      <p>Wird beachtet. Der gesetzliche Waldabstand wird eingehalten. Die Baugrenzen werden angepasst.</p>
--	--

<div data-bbox="286 236 1008 370"> <input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen  <input type="checkbox"/> Negativ  <input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen  <input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich </div> <div data-bbox="286 405 1406 472"> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Kreisstraßen. Die straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.</p> </div> <div data-bbox="286 539 1120 571"> <p><b>Fachbereich Recht und Ordnung - Straßenverkehrsbehörde</b></p> </div> <div data-bbox="286 574 1008 743"> <input type="checkbox"/> Positiv  <input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen  <input type="checkbox"/> Negativ  <input type="checkbox"/> Nicht betroffen  <input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich </div> <div data-bbox="286 778 1447 1184"> <p>Verkehrsteilnehmer auf dem Wirtschaftsweg Flst. Nr. 4036 dürfen durch die Photovoltaikmodule nicht geblendet werden.  Die Sichtbeziehungen zwischen den Wirtschaftswegen Flurstück 4032 und 4036 ist im Kreuzungsbereich dauerhaft freizuhalten bzw. darf durch die Photovoltaikanlage, Bewuchs oder Einfriedungen nicht verdeckt werden.  Wir weisen darauf hin, dass für die Erschließung nur Straßen genutzt werden können, welche nicht für den allgemeinen Verkehr beschränkt sind. Beschränkte Wirtschaftswege (Beispiel: Zeichen 260 StVO mit Zusatz „land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei“) können für den gewerblichen Betrieb und Bewirtschaftung einer Photovoltaikanlage nicht genutzt werden, da dieser Verkehr nicht der Ausnahme unterfällt. Der geplante Wirtschaftsweg für die Erschließung aus Richtung L458 muss daher für den allgemeinen Verkehr freigegeben sein.</p> </div> <div data-bbox="286 1251 945 1283"> <p><b>Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung</b></p> </div> <div data-bbox="286 1286 1008 1417"> <input type="checkbox"/> Positiv  <input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen  <input type="checkbox"/> Negativ  <input checked="" type="checkbox"/> Nicht betroffen </div>	<div data-bbox="1478 373 1684 405"> <p>Kenntnisnahme</p> </div> <div data-bbox="1478 746 2105 1216"> <p>Es ist nicht von erheblichen Behinderungen des land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs auf den Wirtschaftswegen auszugehen. Der Kreuzungsbereich zwischen den Wirtschaftswegen Flurstück 4032 und 4036 wird von sichtbehindernden baulichen Anlagen dauerhaft freigehalten. Gemeint ist vermutlich die L415, nicht die L458. Der Wirtschaftsweg muss für die Erschließung aus Richtung L415 für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden. Die Zuständigkeit für die Anordnung und Aufhebung von verkehrsrechtlichen Anordnungen auf dem beschränkten Wirtschaftsweg liegt bei der Straßenverkehrsbehörde.</p> </div>
--	---

---

	<p>– aufgrund der Anhörung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung – noch nicht vollständig und nicht aussagekräftig genug sind – siehe Stellungnahme Naturschutz.          Um Vervollständigung der Unterlagen und um weitere Beteiligung im Verfahren wird gebeten.</p> <p><b>BODENSCHUTZ</b>          Aus Sicht des Boden- und Flächenschutzes bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Gebietsausweisung. Die Stellungnahme auf Bauleitplanebene ist zu beachten.</p> <p><b>ABFALL</b>          Hinweis:          Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden.          Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten.          Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.</p> <p><b>IMMISSIONSSCHUTZ</b>          Kritisch hinsichtlich einer möglichen Blendung sind Immissionsorte, die vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und nicht weiter als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Die Buchhöfe liegen nordöstlich der Sonderbaufläche und sind etwa 380 m von der Sonderbaufläche entfernt. Die Wohngebäude erhalten durch zwischengelagerte Wirtschaftsgebäude zudem noch eine Abschirmung vor Lichtimmissionen. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Planung.</p> <p><b>NATURSCHUTZ</b>          Die untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass die Flächen offensichtlich für den Artenschutz und hier besonders für die Feldlerche eine Bedeutung haben.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---	--

<p>Nach Trautner Artenschutz (2020), Ulmer Verlag, S. 68, wäre die lokale Population der Art Feldlerche auf die offenen Hochflächen im Gewann Täsche, Schuläcker und Veringer Feldwiesen beschränkt.</p> <p>Eine Planung in eine Ausnahmelage nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wäre nicht rech- tens, zumal für die betroffenen Arten im räumlichen Umfeld Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn diese betroffen sind und dafür auch entsprechende Flächen zur Verfü- gung stehen müssen. Es wird an dieser Stelle auf das Papier „Artenschutz in der Bauleit- planung und bei Bauvorhaben“ des MLR hingewiesen. Eine Verschlechterung des Erhal- tungszustandes der lokalen Population ist nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG zu vermei- den.</p> <p>Weiterhin weist die untere Naturschutzbehörde auf den Zeitverzug hin, der zu erwarten ist, wenn CEF-Maßnahmen nach § 44 Abs. 5 BNatSchG für die betroffenen Arten ergrif- fen werden müssen. Die Maßnahmen müssen nämlich bereits vor Baubeginn wirksam sein, damit der § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG nicht eintritt.</p> <p>Da auch gutachterlich ein bedeutsames Feldlerchenbrutvorkommen zu erwarten ist, wäre hier vorab zu prüfen, inwiefern hier Konflikte direkt vermieden werden können. Möglich wäre eine Verlagerung auf Flächen, die bereits eine Kulissenwirkung auf Offenlandvogel- arten ausüben, sodass damit zu erwartende Konflikte direkt vermieden bzw. vermindert werden.</p> <p>Der Einschätzung, dass es sich bei den Flächen direkt um ein geeignetes Gebiet für die Freiflächenphotovoltaikanlage handelt, kann die untere Naturschutzbehörde damit nicht folgen.</p> <p>Bei einer Betroffenheit mehrerer Reviere der Feldlerche handelt es sich eher um ein Kon- flikt-Gebiet. Nach der aktuellen Übersicht zur Bestandssituation in Baden-Württemberg ist der 25-jährige Trend bei der Art bei einer Abnahme um über 50 %. Der Brutbestand ist damit gefährdet, obwohl es sich um eine einst häufige Art handelt.</p> <p>Die untere Naturschutzbehörde empfiehlt daher, die Photovoltaikanlage in bereits von Kulissen beeinflussten Flächen (Waldrandlage) zu realisieren und die Offenlandflächen möglichst zu meiden, um damit keine bzw. nur wenige Feldlerchenreviere zu beeinflus- sen.</p> <p>Zur Vermeidung eines Eintretens des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG sind echte Vermei- dungsmaßnahmen zu prüfen, damit der Tatbestand nicht eintritt.</p>	<p>Wird beachtet.</p> <p>Der Artenschutz wurde im Umweltbericht zum Bebauungsplan abgearbeitet. Ersatzmaßnah- men wurden mit der Unteren Naturschutzbe- hörde abgestimmt.</p> <p>In den umliegenden Verbandsgemeinden Gam- merten, Hettingen und Neufra wurde seitens des Vorhabenträgers ebenfalls bzgl. Freiflä- chen-PV angefragt, allerdings gab es dort kein Interesse an einer Umsetzung. In Veringenstadt wurden auch andere Flächen geprüft, jedoch ergab sich im Plangebiet aus folgenden Grün- den das geringste Konfliktpotenzial und ent- sprechend die größte Eignung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Einschränkungen durch Schutzge- biete (viele andere Flächen sind durch Schutzgebiete entfallen)</li> <li>- Abgelegenheit der Fläche (sehr wichti- ges Kriterium)</li> <li>- bereits Vorbelastung des Gebiets durch die Nähe zur bestehenden Windkraftan- lage</li> <li>- verfügbarer Netzanschluss (allgemein komplizierte Netzanschlusssituation und</li> </ul>
--	---

	<p>Es sollte daher bereits auf FNP-Ebene geprüft werden, die Konflikte mit dem Artenschutz und damit dem Eintreten des § 44 BNatSchG möglichst zu vermeiden.</p>	<p>viele ausgelastete Netze in der Umgebung)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Interesse der Eigentümer, die gleichzeitig auch Bewirtschafter der Flächen sind (andere Projektideen scheiterten durch Desinteresse)</li> <li>- mäßige Bodenqualität: 77 % der Fläche ist Vorbehaltsflur II (mittlere Wertstufe der Flurbilanz)</li> <li>- im Bereich der Agri-PV weiterhin landwirtschaftliche Nutzung und entsprechend große Reihenabstände (möglicherweise positiver Effekt auf Feldvögel)</li> <li>- Fläche von LUBW als „für PV geeignet“ eingestuft</li> <li>- optimale Topografie (ebene bis leicht südgeneigte Flächen)</li> <li>- kommunaler Wille, einstimmiger Beschluss für das Projekt</li> </ul> <p>Vermeidungsmaßnahmen wurden geprüft:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Eine Verschiebung des Solarparks Richtung Südwesten in Waldrandnähe (Flst. 818, 819) wurde geprüft: kurzfristig nicht möglich aufgrund Pachtsituation (Flächen werden nicht von den Eigentümern selbst bewirtschaftet).</li> <li>- Eine Verlagerung des Modulfelds in eine Waldrand-Nordlage ist zumeist nicht zielführend, da sich durch die Beschattung der Energieertrag deutlich reduziert. Zudem ergibt sich beim Verschieben Richtung Wald ein Zielkonflikt mit dem Forst (Waldabstand, Sturmwurfisiko) und die Gefahr von abfallenden</li> </ul>
--	--	---

	<p>Hinweise:</p> <p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.</p> <p>Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p> <p><b>Fachbereich Landwirtschaft</b></p> <p><input type="checkbox"/> Positiv</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</p> <p><input type="checkbox"/> Negativ</p> <p><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</p>	<p>Ästen, dann ggf. Beschädigung von Modulen mit Gefahr des Schadstoffeintrags in die Umwelt (siehe Stellungnahme „Landesforstverwaltung RP Freiburg“ und „FB Forst, LRA Sigmaringen“).</p> <p>- Geeigneten Ersatzflächen wurden in Abstimmung mit der UNB gefunden.</p> <p> Kenntnisnahme</p>
--	---	--

	<p>Das Unternehmen wpd AG aus Bietigheim-Bissingen plant die Errichtung eines Solarparks in Veringenstadt. Für dieses Vorhaben beabsichtigt die Stadt Veringenstadt die Ausweisung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“. Das Sondergebiet wird in zwei Gebiete mit den Zweckbestimmungen „Freiflächen-Photovoltaik“ sowie „Agriphotovoltaik“ unterteilt. Das Plangebiet umfasst insgesamt 13,8 ha und befindet sich auf den Flst. Nrn. 810, 816 und 824 der Gemarkung Veringenstadt.</p> <p>Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass diese großflächige Überplanung von 13,8 ha zu einer Verknappung der landwirtschaftlichen Fläche führt. Diese Verknappung kann das Pachtzinsniveau erhöhen und den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Landwirtschaft vermindern.</p> <p>Eine Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt parallel.</p> <p>Die Gemarkung Veringenstadt war bis 2018 vollständig benachteiligtes Gebiet, ist ab 2019 als Gebiet mit erheblichen naturbedingten Nachteilen kategorisiert und gilt nach EEG als vollständig benachteiligtes Gebiet. Somit sind die Voraussetzungen der Freiflächenöffnungsverordnung (FFÖ-VO) erfüllt.</p> <p>Bei der überplanten Fläche handelt es sich um landwirtschaftlich genutztes Ackerland, welches als Vorbehaltsflur I (Flst. Nr. 810) sowie als Vorbehaltsflur II (Flst. Nrn. 816 und 824) eingestuft ist.</p> <p>Flächen, die in der Vorbehaltsflur I liegen, sind landbauwürdige Flächen, die der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind.</p> <p>Allerdings ist auf dieser Fläche die Ausweisung des Sondergebietes für die Nutzung von Agri-Photovoltaik geplant. Es sollen senkrecht aufgeständerte Solarmodule aufgestellt werden, zwischen denen weiterhin eine ackerbauliche Nutzung fortgeführt wird.</p> <p>Bei der Planung und Installation einer Agri-Photovoltaik-Anlage sind die Vorgaben der DIN SPEC 91437 „Agri-Photovoltaik-Anlagen – Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung“ zu beachten.</p> <p>Der Fachbereich Landwirtschaft erhebt daher <u>keine Einwände</u> gegen die Errichtung einer Agri-Photovoltaik-Anlage.</p> <p><b>Fachbereich Forst</b> <input type="checkbox"/> Positiv</p>	Kenntnisnahme.
--	--	----------------

<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li>X Nicht betroffen</li> <li><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul> <p>Wald i. S. d. § 2 Landeswaldgesetz ist nicht betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p><b>Fachbereich Straßenbau</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Positiv</li> <li><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li>X Nicht betroffen</li> <li><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul>	
<p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Kreisstraßen. Die straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p><b>Fachbereich Recht und Ordnung - Straßenverkehrsbehörde</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>X Positiv</li> <li><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li><input type="checkbox"/> Nicht betroffen</li> <li><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p><b>Fachbereich Vermessung und Flurneuordnung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Positiv</li> <li><input type="checkbox"/> Positiv unter Beachtung von Auflagen und Hinweisen</li> <li><input type="checkbox"/> Negativ</li> <li>X Nicht betroffen</li> <li><input type="checkbox"/> Keine Beurteilung möglich</li> </ul> <p>Die Belange der Vermessung und Flurneuordnung sind nicht betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

---

Laut Landesentwicklungsplan gehört die Stadt Veringenstadt zum ländlichen Raum im engeren Sinne. Mit einem Waldanteil von 49,8% weist sie im landesweiten Vergleich ein überdurchschnittliches Bewaldungsprozent auf (Landesdurchschnitt 37,8 %). Die Waldflächen befinden sich teils in kommunalem und teils in privatem Eigentum. Die Bestände im Südosten und Nordwesten sind als Erholungswald der Stufe 2 kartiert und liegen vollständig im Naturpark „Obere Donau“.

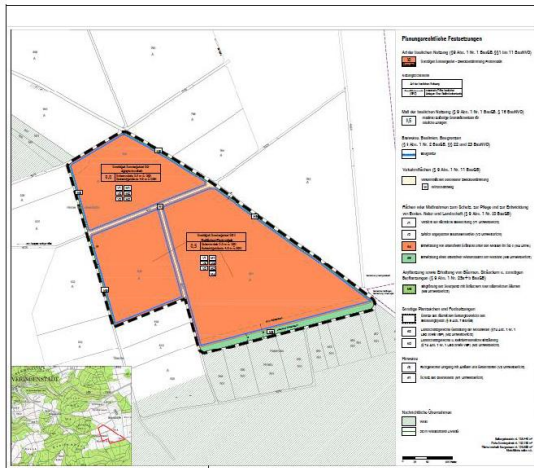


Abbildung 1: voraussichtl. Geltungsbereiche des BPlans Solarpark Veringenstadt mit ca. 13,8 ha



Abbildung 2: kartierte Waldfunktionen (rot gestrichelt, Erholungswald St. 2); Naturpark „Obere Donau“ (grün hinterlegt)

### Waldabstand

Im aktuellen Planentwurf vom 17.04.2023 ist zwar bereits ein Waldabstand von 30 m dargestellt, jedoch stimmt dieser nicht mit der vorgesehenen Baugrenze für die PV-Module überein. Wir bitten deshalb um eine Korrektur bzw. Verschiebung der Waldabstandslinie auf die geplante Baugrenze (blaue Linie).

Auf Basis einer Luftbildauswertung handelt es sich bei den angrenzenden Wäldern, um nadelholzbetonte Bestände mit Oberhöhen von bis zu 30 m. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Bäume standörtlich und mit fortschreitendem Alter weiter an Höhe zunehmen werden. Weiterhin lässt sich aufgrund der Höhenstrukturkarte erkennen, dass das Gelände leicht in Richtung der geplanten PV-Anlagen abfällt.

Die Baugrenzen werden angepasst.

	<p>Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlage) fallen zwar nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift, die sich aus § 4 Abs. 3 LBO vorrangig für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten ergibt, dennoch weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass durch die unmittelbare Nähe der PV-Anlage zum Wald kurz-/mittelfristig erhebliche Gefahrensituationen und/oder Waldbewirtschaftungseinschränkungen gegeben sind. Hierbei handelt es sich um folgende Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Durch den Klimawandel wird mit einer weiteren Zunahme der Intensität von Extremwetterereignissen (u. a. Dürren und Stürmen) gerechnet. Diese können einen erheblichen Einfluss auf Wälder haben. Das Risiko von Sturmwurf/-bruch, aber auch vom Herabfallen einzelner, auch starker, Äste wird aller Voraussicht nach erheblich zunehmen. Im Umkehrschluss erhöht sich zugleich auch die Gefahr einer Beschädigung von PV-Anlagen (inkl. Zäunung) im Einflussbereich (&lt; 30 m) von Waldbeständen.</li><li>• In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass bei einer Beschädigung von PV-Modulen durch umstürzende Bäume bzw. herabfallende Baumteile die hier verarbeiteten, gegebenenfalls schädlichen Stoffe in die Umwelt eingetragen werden können (z. B. Boden, Grundwasser). Laut einer Studie des Stuttgarter Instituts für Photovoltaik (ipv) und des Instituts für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft (Iswa) aus dem Jahr 2017 wird bei Solarmodulen, deren Oberfläche zerstört oder gerissen ist, eine Schadstoffauswaschung festgestellt. (Hinweis: Relative Nähe zur Lauchert).</li><li>• Durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) geht von Solaranlagen eine potenzielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr aus. Die Brandgefahr für Waldbestände wiederum nimmt, bedingt durch die im Klimawandel prognostizierten anhaltenden Trockenperioden, voraussichtlich weiter zu.</li><li>• Vorsorglich weisen wir ebenfalls darauf hin, dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Solaranlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund der aktuellen oder zukünftigen Beschattungssituation durch die angrenzenden und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlungsgenehmigung ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden kann.</li></ul>	Kenntnisnahme
--	---	---------------

[illegible]

über den Zielwert 65 Prozent nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundes-Klimaschutzgesetzes hinaus.

(3) Gemäß der Klima- Rangfolge nach § 3 Abs.1 KlimaG BW kommt bei der Verwirklichung der Klimaschutzziele der Energieeinsparung, der effizienten Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie sowie dem Ausbau erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu. ca. 90 Prozent der Treibhausgasemissionen sind energiebedingt. § 3 Abs.1 Satz 2 KlimaG BW trägt der Tatsache Rechnung, dass der Beitrag einzelner Maßnahmen zum Klimaschutzziel verhältnismäßig klein sein kann. Die Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn der Klimaschutz auf allen Ebenen engagiert vorangetrieben und konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Das KlimaG BW richtet sich daher mit einer allgemeinen Verpflichtung zum Klimaschutz an alle Bürgerinnen und Bürger sowie mit besonderen Regelungen an das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.

(4) Um die Klimaschutzziele nach § 10 KlimaG BW zu erreichen, kommt es entsprechend des Zielszenarios aus dem Forschungsvorhaben „Energie- und Klimaschutzziele 2030“ wesentlich darauf an, dass zum einen im Vergleich zu 2010 bis 2030 rund 22 Prozent und bis 2050 noch rund 40 Prozent des Endenergieverbrauchs eingespart werden. Zum anderen ist entscheidend, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 31 Prozent und bis 2050 auf rund 80 Prozent auszubauen.

(5) Die Lücke zwischen der voraussichtlich in Zukunft benötigten Strommenge und der mit der heute installierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielbaren Strommenge ist so groß, dass jede neue Anlage benötigt wird, um diese Lücke zu verkleinern. Dies gilt gerade auch mit Blick auf die Zubauentwicklung der vergangenen Jahre. Zusätzlich kommt es zum Erreichen der Klimaschutzziele auf internationaler und nationaler Ebene sowie auf Landesebene außerdem auch darauf an, die Treibhausgasemissionen so früh wie möglich zu vermindern, da die kumulierte Menge der klimawirksamen Emissionen entscheidend für die Erderwärmung ist.

Es wird gebeten, die Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (StEWK@rpt.bwl.de ) über das Ergebnis des Verfahrens zeitnah zu informieren.

### **III. Belange der Landwirtschaft**

Aus regional übergeordneter landwirtschaftlich fachlicher Sicht bestehen grundsätzlich Bedenken, wenn landwirtschaftliche Flächen zu Freiflächen-PV-Anlagen umgewidmet

	<p>werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um 13,8 ha (Acker- und Grünlandflächen) der Vorbehaltsflur I und II. Ein untergeordneter Teil der Fläche, welcher der Vorbehaltsflur I (zweithöchste Wertstufe nach Flurbilanz 2022) zuzuordnen ist, soll als Agri- PV Anlage umgesetzt werden. Dies ist, sofern es sich um eine Anlage, welche die Vorgaben der DIN SPEC 91434 erfüllt, aus agrarstruktureller Sicht grundsätzlich zu begrüßen, die Bedenken bezüglich der Inanspruchnahme hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen können für das Sondergebiet „Agri-PV“ daher <u>zurückgestellt</u> werden.</p> <p>Die Flächen des Sondergebietes „Freiflächen-PV“ sind der Vorbehaltsflur II zuzuordnen, hierbei handelt es sich um überwiegend landbauwürdige Flächen, die der landwirtschaftlichen Nutzung größtenteils vorzubehalten sind. Bei der Standortwahl für PV-Freiflächen-Anlagen sind zur Berücksichtigung agrarstruktureller Belange vornehmlich Flächen in Betracht zu ziehen, die von geringer agrarstruktureller Bedeutung sind, wie z.B. Flächen der Grenzflur. Da im Gebiet der Gemeinde Veringenstadt landwirtschaftliche Flächen der Grenzflur vorhanden sind, sollte zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange zunächst dort nach Flächen zur Realisierung von Freiflächen-Solaranlagen gesucht werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme.          Der Solarpark soll nunmehr vollflächig als Agri-Photovoltaik-Anlage betrieben werden, so dass weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung erfolgen kann.          Flächen der Grenzflur werden zur Realisierung von Freiflächen-PV-Anlagen bevorzugt, bedingen aber häufig aufgrund der Bodenbeschaffenheit auch naturschutzfachliches Potential (Magerstandorte, hohe Dichte an geschützten Biotopen), aus denen sich oft regionalplanerische Restriktionen ergeben können. Größere Grenzfluren in Veringenstadt überlagern sich in der Regionalplanfortschreibung (RVBO 2021) mit „Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege“, in denen PV-Anlagen ausgeschlossen sind. Eine weitere PV-Freiflächenanlage auf der Gemarkung Hermentingen, für die ebenfalls ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll, befindet sich im Bereich einer Grenzflur (und im VRG Naturschutz und Landschaftspflege). Derzeit stehen auf dem Gebiet der Stadt Veringenstadt keine weiteren landwirtschaftlichen Grenzflur-Flächen für die Errichtung von Freiflächen-PV zur Verfügung (siehe auch Ausführungen zur Standortwahl unter</p>
--	--	--

	<p>Es wird angeregt, eine Konzeption für die Gesamt-Gemeinde zu erstellen, da die Planungshoheit und damit die Verantwortung für den Erhalt hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen und nicht nur für die Bereitstellung von Flächen für erneuerbare Energien bei der Gemeindevertretung liegt.</p> <p>Agrarstrukturelle Belange sind im Rahmen der Abwägung ordnungsgemäß zu berücksichtigen.</p> <p><b>IV. Belange Gewässer und Boden (Referat 52)</b></p> <p><u>Änderung des FNP:</u>        Seitens des Referates 52 keine Anregungen.</p> <p><u>Vorhabenbezogener Bebauungsplan:</u>        Aus übergeordneter Sicht des Bodenschutzes bestehen keine Einwendungen.</p> <p>Im Interesse einer frühzeitigen Information des Vorhabenträgers und zur Vermeidung von Planungsverzögerungen wird darum gebeten, in den Bebauungsplan nachfolgenden Hinweis aufzunehmen:</p> <p>Die Höhere Bodenschutzbehörde weist vorsorglich darauf hin, dass im Rahmen des nachfolgenden Genehmigungsverfahrens zur Sicherstellung der sachgerechten Durchführung der Bauarbeiten gemäß § 2 Abs. 3 LBodSchAG ein Bodenschutzkonzept vorzulegen ist. Im Bodenschutzkonzept sind die mit der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen verbundenen Gefährdungen sowie die vorgesehenen Maßnahmen bezüglich des Schutzguts Boden darzustellen. Über die Notwendigkeit einer Bodenkundlichen Baubegleitung entscheidet die Untere Bodenschutzbehörde in Abhängigkeit der konkreten Verhältnisse des Einzelfalls. Der Beginn der Bauarbeiten ist der Unteren Bodenschutzbehörde rechtzeitig anzuzeigen.</p>	<p>Stellungnahme B3, Untere Naturschutzbehörde).</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme.        Agrarstrukturelle Belange werden durch die Festsetzung einer Agriphotovoltaik-Anlage berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Wird beachtet.        Ein Hinweis zum Bodenschutzkonzept wird in den Bebauungsplan aufgenommen. (vgl. auch Stellungnahme B2 der Unteren Bodenschutzbehörde)</p>
--	--	---

	<p><b>V. Belange des Naturschutzes</b></p> <p>Aus den derzeit vorgelegten Unterlagen ergibt sich momentan keine Betroffenheit der Belange der höheren Naturschutzbehörde. Wir bitten jedoch um erneute Beteiligung, sobald die artenschutzrechtliche Prüfung aufgrund der Ergebnisse der faunistischen Kartierungen vorliegt.</p> <p>Wir verweisen zudem auf die Zuständigkeit der unteren Naturschutzbehörde, die weit überwiegend die Belange des Naturschutzes vertritt.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die erneute Beteiligung erfolgt im Rahmen der Offenlage.</p>
B6	<p><b>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben</b>  <b>Stellungnahme vom 13.06.2023</b>  <b>Anlagen zur Stellungnahme: keine</b></p> <p>Das Vorhaben liegt nach Plansatz 3.3.5 des rechtskräftigen Regionalplanes (1996) in einem „Schutzbedürftigen Bereich für die Wasserwirtschaft“ in dem als zu beachtendes Ziel der Raumordnung im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB, der §§ 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 1 ROG sowie § 4 Abs. 1 und 4 LplG alle Vorhaben unzulässig sind, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden.</p> <p>Durch die Ausweisung des angrenzenden Wasserschutzgebietes „Westliche Lauchert“ (festgesetzt am 08.02.2010) sind die Vorgaben des Regionalplanes weiter konkretisiert. Die geplante Fläche liegt nicht innerhalb des genannten Wasserschutzgebietes.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass in der Gesamtfortschreibung des Regionalplans (Planentwurf zum Satzungsbeschluss der Verbandsversammlung am 25. Juni 2021) für den betreffenden Bereich kein Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen und keine sonstigen Festlegungen vorgesehen sind.</p> <p>Der Regionalverband bringt zu o.g. Vorhaben <u>keine Bedenken</u> vor.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
B 7	<p><b>Landesamt für Denkmalpflege am Regierungspräsidium Stuttgart</b>  <b>Stellungnahme vom 31.05.2023</b>  <b>Anlagen zur Stellungnahme: keine</b></p>	

<p>1. Bau- und Kunstdenkmalpflege:</p> <p>Bezüglich des genannten Verfahrens äußert die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken.</p> <p>2. Archäologische Denkmalpflege:</p> <p>Im westlichen Plangebiet weisen auf Luftbildern zu erkennende Bewuchsanomalien (ADAB-ID 96605211) auf archäologische Befunde hin, bei welchen es sich erfahrungsgemäß um Kulturdenkmale gem. § 2 DSchG handeln könnte. Außerdem sind direkt westlich des Plangebietes mittelbronzezeitliche Grabhügel schon im 19. Jdt. teilweise ausgegraben worden. Da diese zwischenzeitlich verflacht und obertägig nicht mehr sichtbar sind, lassen sie sich nicht mehr genau lokalisieren und es ist nicht bekannt, wie weit sie streuen. Es muss damit gerechnet werden, dass sich weitere verebnete Grabhügel auch im Plangebiet befinden.</p> <p>An der Erhaltung archäologischer Kulturdenkmale besteht grundsätzlich ein öffentliches Interesse.</p> <p>Um allseitige Planungssicherheit zu gewährleisten und spätere Bauverzögerungen zu vermeiden, sollten frühzeitig im Vorfeld der Errichtung einer Solaranlage archäologische Voruntersuchungen in Form einer geomagnetischen Messung durchgeführt werden. Zweck dieser Voruntersuchungen ist es festzustellen, ob und in welchem Umfang Überreste eines Kulturdenkmals vorhanden sind. Die Kosten trägt der Planungsträger.</p> <p>Für diese Arbeiten ist ein ausreichend großes Zeitfenster bis zum Baubeginn freizuhalten, da mit wissenschaftlichen Ausgrabungen/Dokumentationen in Bereichen archäologischer Befunde (Kulturdenkmale gem. § 2 DSchG) zu rechnen ist.</p> <p>Diese Maßnahme frühzeitig durchzuführen, ist im Interesse des Planungsträgers, da hiermit Planungssicherheit erreicht werden kann und Wartezeiten durch archäologische Grabungen vermieden oder minimiert werden können.</p> <p>Sollten sich hierbei archäologische Befunde zeigen, muss überprüft werden, in wie weit durch eventuelle Zuwegungen, Trafostationen oder Verkabelungen abhängig von der geplanten Bauweise Kulturdenkmale betroffen sein werden. Diese Bereiche müssen ggf. bauvorgehend untersucht und dokumentiert werden. Wir weisen darauf hin, dass im Falle einer notwendigen Rettungsgrabung durch das Ref. 84.2 die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale durch den Planungsträger finanziert werden muss.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Wurde beachtet.</p> <p>Es erfolgten archäologische Voruntersuchungen in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (siehe nachträgliche Stellungnahme des Landesdenkmalamts Nr. B 7a vom 16.11.2023) Es ergaben sich keine relevanten Funde.</p>
--	--

	<p>Für weitere Informationen und Terminabsprachen wenden Sie sich bitte an das Landesamt für Denkmalpflege, Dr. Doris Schmid (doris.schmid@rps.bwl.de; Tel. 07071 757-2415).</p> <p>Wir bitten, diese Hinweise in die Planunterlagen einzufügen und weisen darauf hin, dass die im Textteil genannten Hinweise unter Punkt 1 zum Denkmalschutz nicht ausreichend sind.</p>	Die Hinweise zum Denkmalschutz werden angepasst.
B 7a	<p><b>Landesamt für Denkmalpflege am Regierungspräsidium Stuttgart</b> <b>Ref. 84.2 Operative Archäologie</b></p> <p><b>Stellungnahme vom 16.11.2023 (per Mail)</b> <b>Anlagen zur Stellungnahme: keine</b></p> <p>Nachdem die Untersuchungen bei Veringenstadt abgeschlossen sind, kann ich Ihnen mitteilen, dass sich keine Hinweise auf eine archäologische Relevanz ergaben. Die auf Luftbildern zu sehenden und durch geomagnetische Messungen bestätigten Bodenanomalien stellten sich als rein geologische Phänomene dar. Die geäußerten Bedenken konnten vollständig ausgeräumt werden. Der geplanten Errichtung der PV-Anlage kann die Archäologische Denkmalpflege also <u>voll umfänglich zustimmen</u>.</p>	Kenntnisnahme

Stand: 08. Dezember 2023

Bearbeiter: Sindy Appler, 365° freiraum+umwelt, Überlingen